

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

8 Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen*

Gleichstellungspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm der LINKEN. Eine emanzipierte Gleichstellungspolitik der LINKEN muss zum Ziel haben, allen Menschen den Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen, ohne ihnen Lebensformen aufzudrängen, die sie mit Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bezahlen müssen. Entsprechend setzt sich DIE LINKE. dafür ein, dass bestehende patriarchale Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigt werden. Die sozialen Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit – ob am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen. Es geht aber darüber hinaus auch um die gleiche Teilhabe – d. h. die gleichen Zugangsbedingungen – zu anderen gesellschaftlichen Feldern außerhalb der Arbeit, z. B. in der Politik. Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und dafür gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild schließt auch die Lebensweise von Lesben, Bisexuellen, Schwulen, Transgendern, Intersexuellen (LBSTI) – der queeren Bewegung insgesamt – ein. Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. In der Gegenwart bestehen vielfältige neue Beziehungen von Angehörigen. Dem hat die Politik Rechnung zu tragen und nicht eine bestimmte traditionelle Lebensform einseitig zu fördern. DIE LINKE. reflektiert kritisch alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten und Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts, als eines Pfeilers gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung in den Ausweis beginnt. Es ist das besondere Kennzeichen der LINKEN, dass soziale Gleichheit und individuelle Freiheit für uns untrennbar und gleichwertig die Grundlage für ein Zusammenleben frei von Diskriminierung sind.

Die Landeshauptstadt München zeichnet sich durch eine ansehnliche Zahl von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen aus, die der queeren Gemeinschaft in verschiedenen Lebenssituationen Hilfestellung und Unterstützung bieten. Viele dieser Einrichtungen sind in Selbsthilfe entstanden, ihre Existenz musste erkämpft werden, häufig gegen den Widerstand eines ignoranten und homophoben Bürgertums. Sie waren und sind Gegenstand von Angriffen aus dem konservativen Lager, in deren rückständiges Menschenbild sie nicht passen. So hat es nicht an Versuchen aus der CSU gefehlt, unliebsamen Projekten die kommunale Förderung zu kürzen oder zu entziehen. Aber auch ohne diese direkten Angriffe ist die Gleichstellung noch nicht erreicht, sind lesbische Frauen einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt: wegen ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Stellung als Frau. Immer noch leben deutlich weniger Lesben als schwule Männer ihre Homosexualität offen aus. Mit fast 8 % liegt die Arbeitslosenquote bei lesbischen Frauen fast doppelt hoch wie die Quote unter schwulen Männern. Auch bei den Einkommen zeigen sich deutliche Unterschiede zu Lasten lesbischer Frauen. Die steigende Zahl prekärer Beschäftigung seit der Einführung von Mini- und Midi-Jobs bzw. der Möglichkeiten der Leiharbeit 2004 und die Tatsache, dass davon vorrangig Frauen betroffen sind, wird die Diskrepanz zwischen der Lebenssituation schwuler Männer und lesbischer Frauen weiter verstärkt haben. Die Zeiten sind also bei Weitem nicht so rosa, wie gemeinhin behauptet wird. Die schwierige Lage der kommunalen Finanzen, infolge einer einseitig auf Unternehmensgewinne und Besserverdienende ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und Grünen wie auch der SPD/CDU/CSU-Koalition im Bund, sorgt für ständigen Druck auf die queere Infrastruktur, verhindert ihren Ausbau und ihre Weiterentwicklung. Dem Versuch, die Einnahmen des Referats für Umwelt und Gesundheit zu erhöhen, wäre beinahe das kostenlose anonyme HIV-Testangebot im Gesundheitsamt zum Opfer gefallen. Nur politischer Druck konnte dies verhindern. Unter dem Eindruck steigender Infektionszahlen und der Notwendigkeit verstärkter Präventionsanstrengungen ist das eine alarmierende Entwicklung.

Unsere Forderungen:

- die Umsetzung des EU-Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“;
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen erhöht;
- die Umwandlung von Mini- und Midi-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;

* *Queere Lebensweisen: Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, jenen die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen und/oder dies nicht wollen, sowie all denjenigen, die keine heterosexuelle Partnerschaft leben wollen.*

- bessere Bedingungen für Berufsrückkehrer*innen sowie Frauen und Männer, die neben der Arbeit zu Hause Kinder, ältere Menschen oder Behinderte betreuen;
- Queeren Lebensgemeinschaften muss die Nutzung von Kindergärten und Schulen ohne Diskriminierung möglich sein. Wenn dies in bestehenden Einrichtungen nicht gewährleistet werden kann, muss die Errichtung eines speziellen Kindergartens geprüft werden. Betreuer*innen und Lehrer*innen müssen hierfür geschult werden. Bildungsangebote der Stadt sollen die Anerkennung der Gleichwertigkeit queerer Lebensweisen fördern, insbesondere auch im Jugendbereich, aber auch in der Erwachsenenbildung bspw. an der Volkshochschule.
- DIE LINKE. will das verbesserte HIV-Testangebot sozial diskriminierungsfrei anbieten. Das kostenlose Testangebot des städtischen Gesundheitsamts muss im Hinblick auf verstärkte Präventionsanstrengungen erhalten bleiben.
- Lesben und Schwule haben einen Anspruch darauf, ohne Anpassungsdruck in Würde den Lebensabend zu verbringen. Dies ist in herkömmlichen Altenheimen kaum möglich. Wir unterstützen darum zusätzlich zu einem in Planung befindlichen schwulen auch lesbische und queere Altenwohnprojekte.
- Trotz städtischer Erhaltungssatzung, die eine Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern soll, kann gerade auch im Glockenbachviertel ein deutlicher Trend zur Verdrängung von Mieter*innen beobachtet werden. DIE LINKE. fordert diese Entwicklung zu stoppen und die Erhaltungssatzung konsequent anzuwenden.
- Bei der Vergabe von Sozialwohnungen müssen auch queere Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden.
- Mit Rücksicht auf die häufig schwierige soziale Situation von Lesben werden wir besonders darauf achten, dass auch dieser Teil der queeren Community angemessen gefördert wird. Eine Veranstaltung wie das Lesben-Frühlingstreffen muss darum vonseiten der Stadt entschiedener unterstützt werden, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.
- Die Unterstützung von queeren Vereinen und Initiativen durch die Stadt München wollen wir sicherstellen und ausbauen. DIE LINKE. wird sie gegen Angriffe aus dem reaktionären Lager verteidigen. Gleichstellung und Emanzipation werden als selbstverständlicher Teil linker Politik auch die Arbeit der LINKEN im Stadtrat bestimmen.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian